

Pfisters Brüssel-treue Einflüsterer

- 03.07.2025
- Die Weltwoche
- Philipp Gut

Der Bundesrat strebt nun gar ein Militärbündnis mit Brüssel an. Im Hintergrund ziehen ein Brigadier mit Nato-Nähe und eine Finnin mit Russland-Phobie die Fäden. Viola Amherd lacht sich in ihrer Pension ins Fäustchen. Der Bundesrat will die Schweizer Armee mit der Militärallianz der Europäischen Union verkuppeln. Das Aussen- und das Verteidigungsdepartement werden beauftragt, «so bald als möglich» Sondierungsgespräche mit Brüssel für den Abschluss einer «Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft» aufzunehmen.

Dies sei Voraussetzung für gemeinsame Beschaffungen im Rüstungsbereich. Neben Aktivitäten im Rahmen der Permanent Structured Cooperation (PESCO) soll sich die Schweiz nach dem Willen des Bundesrats insbesondere auch an der forcierten Wiederaufrüstung der EU (ReArm Europe) und am 150-Milliarden-Fonds Security Action for Europe (SAFE) beteiligen. Baldrian fürs Volk mit einer eigenständigen Landesverteidigung im Rahmen der bewaffneten Neutralität wäre es dann definitiv vorbei: Schweizer Armee ade. Doch der Bundesrat verneint und verharmlost. Der geplante Anschluss an den militärisch-industriellen Komplex «Brüssel», der neuerdings nach Jahrzehnten der Friedensdividende und des verteidigungspolitischen Schlendrians so astronomisch aufrüstet, dass einem schwindlig werden kann, und Front macht gegen die eingebildete oder reale Bedrohung durch Russland, sei lediglich eine «rechtlich unverbindliche Absichtserklärung» und «mit der Neutralität vereinbar».

Es würden «keine rechtlichen oder finanziellen Verpflichtungen oder Abhängigkeiten» entstehen, behauptet der Bundesrat. Es sind die üblichen Beschwichtigungsförmeln, Baldriantropfen fürs Volk. Formuliert und dem Bundesrat in den Mund gelegt hat sie das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (Sepos). Diese Einheit auf höchster Verwaltungsstufe ist erst 2024 geschaffen worden - auf Wunsch von Martin Pfisters Vorgängerin Viola Amherd (beide Mitte). Der erklärte Zweck bestand von Anfang an darin, dem Bundesrat «strategische Vorgaben für die internationale sicherheitspolitische Kooperation» zu machen.

Und das macht das Sepos offensichtlich mit Erfolg. Jedenfalls folgt der Bundesrat diesen «Vorgaben» brav. Amherd lacht sich in ihrer Pension ins Fäustchen. An der Sepos-Spitze stehen mit Brigadier Markus Mäder und seiner Stellvertreterin Päivi Pulli zwei in der Wolle gewaschene Internationalisten, die sich nun im In- und Ausland als «Botschafter» anreden lassen dürfen. Mäder warb bereits im September in der NZZ für die Teilnahme an Nato-Übungen, selbst an «Bündnisfallübungen» gemäss Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, der die Beistandspflicht im Fall eines Angriffs auf einen Mitgliedstaat regelt.

Dieses Thema werde «stark emotionalisiert», meinte Mäder. Im Klartext: Nur gefühlsgetriebene Dummköpfe wehren sich dagegen, dass die Schweiz Krieg spielt, als ob sie in der Nato wäre. Selbst einer NZZ, deren Chefredaktor einem neuen «Blockdenken» das Wort redet und die die institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU samt «dynamischer Rechtsübernahme» und Unterwerfung unter die fremden Richter der Gegenseite empfiehlt («Die Schweiz sollte es wagen»), fiel auf, dass Nato-Freund Mäder die Nato-Länder betont liebevoll «unsere Partner» nenne und damit eine «gewisse Zugehörigkeit» signalisiere, die kaum mit der Neutralität zusammengehe. Auf die Frage, ob er Amherd nur beraten oder proaktiv ihren europafreundlichen Kurs unterstützt habe, wich Mäder vielsagend aus: Es sei «nicht alleine Frau Amherds Wunsch, die Kooperation mit unseren europäischen Partnern zu intensivieren, sondern die Haltung des Gesamtbundesrats». Amherd-Nachfolger Pfister macht nun genau dort weiter, wo seine Parteikollegin aufgehört hat: Auch er sucht das Heil in einer verstärkten EU- und Nato-Anbindung; auch er ist der Überzeugung, dass die neutrale und friedensstiftende Position der Schweiz jenseits und über den Fronten, «au-dessus de la mêlée», wie es der französische Schriftsteller Romain Rolland im Ersten Weltkrieg ausdrückte, aufzugeben sei zugunsten eines Mitmachens und Mitmarschierens im Umzug säbelrasselnder Brüsseler Bürokraten.

Er folgt damit seinem Stichwortgeber Mäder und dessen Credo: «Die Stärke der schweizerischen Sicherheitspolitik liegt im Verbund.» In Stratos, der militärwissenschaftlichen Zeitschrift der Schweizer Armee, führte Mäder aus, der Ukraine-Krieg markiere eine «sicherheitspolitische Zäsur», die nicht nur eine Stärkung der Ver- Mit einer eigenständigen Landesverteidigung wäre es definitiv vorbei: Schweizer Armee ade. teidigungsfähigkeit, sondern auch eine «Intensivierung der internationalen Kooperation» erfordere. Mögliche gegenteilige Schlussfolgerungen - dass nämlich die Verteidigungsfähigkeit und die Neutralität der Schweiz in Zeiten neuer Frontstellungen und geopolitischer Spannungen gestärkt werden sollten, nicht zuletzt auch im Sinne der positiven Erfahrungen der Geschichte - werden im Sepos-Universum offenbar nicht einmal angedacht. Partner mit Heiratsabsichten Dabei lässt Mäder durchblicken, dass auch seine von ihm immer wieder hofierten «Partner» Druck auf die Schweiz ausübten.

«Unsere Haltung und unser Handeln werden von unseren internationalen Partnern aufmerksam verfolgt und beeinflussen deren Bereitschaft, mit der Schweiz zu kooperieren», sagt er. Das Verständnis «unserer Partner» ende dort, wo die Schweiz andere Staaten daran hindere, «die Ukraine in ihrem existenziellen Abwehrkampf zu unterstützen». Insbesondere für die Nichtwiederausfuhr von Waffen und Munition in kriegführende Länder gebe es «wenig Verständnis in unserem Umfeld». Der Vorwurf, das Verteidigungsdepartement treibe die Annäherung an die Nato voran, geht laut Mäder an der Realität vorbei: «Wir nähern uns nicht an - wir sind schon seit bald drei Jahrzehnten in einer engen und bewährten partnerschaftlichen Beziehung.» Fehlt also nur noch die Heirat.

Daran arbeitet seit Jahr und Tag auch Mäders Vize Pulli, die ihre VBS-Karriere schon unter Adolf Ogi begonnen hat und die sich trotz ihrer EU- und Nato-freundlichen Ausrichtung auch unter weiteren SVP-Bundesräten nicht nur halten, sondern steil aufsteigen konnte. Sie sei «die wichtigste Sicherheitsberaterin der Schweiz» und Russland sei für sie «ein alter Schrecken», schrieb die NZZ im Juli 2022. Pulli sei «die wichtigste sicherheitspolitische Beraterin des Bundesrats. Sie war nie in der Armee. Und sie kommt aus Finnland», echote das Magazin des Tages-Anzeigers.

Vielleicht deshalb habe sie Putins Pläne «so früh durchschaut». «Kommandostruktur der Nato» Die Abteilung von Pulli, damals noch Chefin Sicherheitspolitik im VBS, sei die «intellektuelle Denkhöhle im sonst sehr praktisch veranlagten Verteidigungsapparat des Bundes» und das «sicherheitspolitische Hirn der Schweiz». Der Artikel aus dem August 2022 und die Stossrichtung der von Pulli verfassten sicherheitspolitischen Berichte kommen einem wie ein Déjà-vu vor. Schon damals und zuvor und seither immer wieder lautete der Auftrag, aufzuzeigen, «wie die Schweiz stärker und enger mit der EU, der Nato und anderen internationalen Institutionen kooperieren könnte». Im Juli 2023 hielt Pulli auf Swissinfo fest: «Die Gruppe der europäischen Nato-Partnerschaftsstaaten ist kleiner geworden und hat jetzt weniger Gewicht gegenüber der Allianz.

» Durch die Vollmitgliedschaft der nordischen Staaten würden «jetzt Plätze in den Kommandostrukturen der Nato frei». Die Schweiz sei interessiert, diese Plätze zu besetzen, samt der Teilnahme «am ganzen Spektrum der Übungen, auch zur kollektiven Verteidigung im Rahmen von Artikel 5 des Nato-Vertrags». Auch dies kommt einem bekannt vor. Am 30. März 2023 bestätigte Pulli gemäss NZZ «die schlimmsten Befürchtungen» ihrer Kritiker, indem sie im Rahmen eines Botschaftsempfangs in Bern erklärte, dass die Schweiz am milliardenschweren Munitionsbeschaffungsprogramm der Europäischen Union für die Ukraine teilnehmen könnte.

Die Frage sei deshalb erlaubt: Wozu braucht es dieses Sepos überhaupt? SVP-Nationalrat Thomas Hurter, Sicherheitspolitiker und Pilot, sieht darin eine «Bankrotterklärung des eigenen Departements», schliesslich müssten auch das Generalsekretariat und der Bundesrat in der Lage sein, die grossen Linien zu zeichnen. Stattdessen wurde ein neuer Verwaltungsapparat hochgezogen, mit hundert Mitarbeitern und hochbezahlten Militär- und Verwaltungsdiplomaten an der Spitze, die, frei nach Tschchow, nur einen Wunsch und Drang haben: nach Brüssel, nach Brüssel, nach Brüssel..